

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13.03.2012

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:21 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:50 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	17:45 Uhr bis 20:25 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	16:45 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU	Vertreter: Herr Hildebrandt
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Schramm
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Herr Dr. Wend
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertreter: Herr Kley

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Einführung
Dezernat I
Vorlage: V/2011/10306
- 3.1.1. Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109
(E-Government)
Vorlage: V/2012/10469
- 3.1.2. Haushalt 2012 - Untersetzung Mittelreduzierung hier: Zuschuss Stadion
Vorlage: V/2012/10490
- 3.1.3. Untersetzung der Mittelreduzierung Haushaltsplan 2012 - in 2012 nicht wiederbesetzte
Stellen -
Vorlage: V/2012/10523
- 3.1.4. Untersetzung der Mittelreduzierung Haushaltsplan 2012 Einsparung freiwilliger
Leistungen - Gesundheitsmanagement
Vorlage: V/2012/10524
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Einbringung doppischer Haushalt 2012** **Einführung** **Dezernat I** **Vorlage: V/2011/10306**

An der Diskussion beteiligten sich alle anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Herr Geier, Herr Dr. Furchert (Hauptamtsleiter), Frau Präkelt (Personalamt, Ressortleiterin Controlling / Service), Frau Schmidt (amtierende Amtsleiterin Amt für Finanzservice) und Herr Baus (Rechtsamt, Ressortleiter, Rechtstätigkeit – Vergaberecht).

Herr Geier führte in die Thematik ein. In den Haushalt, der den Stadträten am 14. Dezember 2011 übergeben wurde, seien die Planungsstände aus September/Oktober 2011 und die Diskussion um das Finanzausgleichsgesetz eingeflossen. In den Unterlagen wurden zwei Varianten dargestellt. Der Haushaltsplan 2011 wies ein Defizit von 24,5 Mio. € aus. Dieses wurde vom Landesverwaltungsamt beanstandet. Aus diesem Grund wurde dem aktuellen Haushaltsplan eine Auflistung mit Vorschlägen zur Mittelreduzierung in Höhe von 17,5 Mio. € beigefügt. Dieser Wert korrespondiere mit dem Zieldefizit aus dem letzten beschlossenen und genehmigten Haushalt in Höhe von 9,5 Mio. €.

Die geplanten Mehreinnahmen aus dem aufgabenbezogenen Finanzausgleich seien nicht zu erzielen. Der Landtag habe das Finanzausgleichsgesetz zwar nachgearbeitet, im Ergebnis seien aber für die kreisfreien Städte ähnliche Zuweisungen wie im Jahr 2011 zu erwarten. Dieses Gesetz ist für das Jahr 2011 gültig. Zurzeit werde ein Gutachten zur Thematik erarbeitet (Prof. Deubel), welches danach in den Gremienlauf des Landtages gehe. Lt. einer mündlichen Rückfrage bei Herrn Prof. Deubel zeichnet sich als Ergebnis der Überprüfung ab, dass den kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu anderen vergleichbaren Städten in anderen Bundesländern ca. 15 – 20 Mio. € fehlen. Diese Informationen seien für die Vorplanung des Haushaltes 2013 und für die Nacharbeiten des Finanzplanes wichtig.

Die sogenannte Streichliste werde zurzeit in den Fachausschüssen diskutiert. Die Verwaltung hat mögliche Verbesserungen geprüft. Im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft ergeben diese sich zum Beispiel aus den verbesserten Einnahmen in 2011 im Bereich der Gewerbesteuer in Höhe von 3 Mio. € und aus der Bewertung des Anlagevermögens. Es erfolge zurzeit eine Überrechnung. Für die Beratung des Dezernates IV avisierte Herr Geier eine Überarbeitung der Transferleistungen.

Eine Streichung der Streichliste werde es, wie in einem bekannten Online-Portal angekündigt, nicht geben. Die politischen Diskussionen seien aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Halle weiterhin dringend nötig. In der Abschlussberatung werde es einen Kassensturz geben müssen, der die Verbesserungen der Planung aus Sicht der Verwaltung und die möglichen Mittelkürzungen, die der Stadtrat mitträgt, vergleicht. Ziel dabei sei es, das Zieldefizit in Höhe von 9,5 Mio. € nicht zu übersteigen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt verabschieden zu können.

Die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik war verwaltungsintern nicht unproblematisch. Besonders die Rechnungsabgrenzung sei schwierig, weil diese in der Vergangenheit nicht so praktiziert wurde. Der Jahresabschluss 2011 werde, wie bereits

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 13. März 2012 – öffentlicher Teil – Haushaltsplanberatung Dezernat I

avisiert, mit - 19,1 Mio. € erwartet. Eine Investitionsprioritätenliste wurde lt. Stadtratsbeschluss vorgelegt. In der aktuellen Fassung wurde die gekürzte Investpauschale eingearbeitet. Es wurde auf die versendete Aufstellung (Tabelle), wann welche Unterlagen verschickt wurden, verwiesen. Herr Geier sagte zu, den Vorbericht, die Haushaltssatzung und den Finanzplan nicht als Tischvorlage in der Abschlussberatung des Finanzausschusses vorzulegen.

Dezernat I

Herr Geier betonte ausdrücklich, dass der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften für das Dezernat I der zuständige Fachausschuss sei. Sowohl der Finanzausschuss als auch er befinden sich für diesen Bereich in einem großen Spannungsfeld zwischen haushalterischer und fachlicher Sicht.

Mehrere Mitglieder kritisierten, dass ein Vergleich der Bereiche zwischen 2011 und 2012 nicht in schriftlicher Form vorgelegt wurde. Diese Unterlagen hätten, wie in den anderen Fachausschüssen auch, die Beratung erleichtert.

Herr Geier führte aus, dass die Informationen mündlich von den Amtsleitern gegeben werden können.

Amt 10 – Hauptamt

Produkt E-Government

Herr Dr. Furchert führte aus, dass sich die Steigerung zwischen dem Plan 2011 und 2012 aus der leichten Erhöhung der Personalkosten und aus einer Steigerung für den E-Government-Bereich ergebe. Dieser stehe jedoch zum Teil auf der Streichliste. Die Auswirkungen seien in der Vorlage V/2012/10469 aufgeführt.

Herr Geier fügte an, dass die Thematik im Rahmen eines Antrages zur Finanzierung aus dem Zukunftsfonds (Finanzierung aus den VNG-Anteilen) beim Landesverwaltungsamt eingereicht wurde. Die Verwaltung müsse den Antrag aber noch im Gespräch halten, da das Landesverwaltungsamt noch nicht abschließend entschieden habe. Da es sich haushaltsrechtlich um eine neue Maßnahme handelt, konnten im letzten Jahr keine geplanten Maßnahmen begonnen werden, da sich die Stadtverwaltung das ganze Jahr in der vorläufigen Haushaltsführung befunden habe.

(17:45 Uhr – Herr Schramm kam in die Sitzung.)

Es folgte eine längere Erörterung der Thematik. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen tendenziell die Einführung des E-Governments unterstützen würden. Bei der Umsortierung der Maßnahmen solle die Serviceorientierung gegenüber den Bürgern vorangestellt werden. Die Mitglieder baten zur präziseren Entscheidungsfindung um ergänzende Unterlagen bis 16. März 2012, die von der Verwaltung zugesagt wurden.

**zu 3.1.1 Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.11109
(E-Government)
Vorlage: V/2012/10469**

Abstimmungsergebnis:

vertagt in die Sitzung am 20.03.2012

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften bestätigt den Einsparbetrag bei den Mitteln für E-Government in Höhe von 567.000 Euro im Haushaltsjahr 2012.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.1109 - 567.000 EUR

Produkt Datenverarbeitung

Zu diesem Produkt führte Herr Dr. Furchert aus, dass der Aufwuchs der Ausgaben u. a. den Mehrleistungen der ITC, der Leistungserhöhung der Netzwerke und den Softwareverträgen geschuldet sei. Auf Bitte eines Ausschussmitgliedes sagte er die Nachreichung von Kennzahlen zu.

Herr Geier fügte aufgrund einer Nachfrage an, dass die Abschreibungen bezüglich der Datenverarbeitung in diesem Jahr noch zentral erfolgen, da die Bilanzierung noch nicht endabgestimmt sei. Nur bei den ehemaligen kostenrechnenden Einrichtungen wurden die Abschreibungen geplant, da diese aus den Vorjahren bekannt waren.

Produkt Zentrale Dienste

Herr Dr. Furchert führte aus, dass beim Aufbau des Bereiches Zentrale Dienste erhebliche Veränderungsprozesse stattgefunden haben. Bei der Integration der Bereiche in die Verwaltung wurden bereits Optimierungen vorgenommen. Zurzeit werde parallel die Prüfung in Bezug auf Shared Services mit dem Stadtwerkekonzern durchgeführt.

Auf die ausführlichen Informationen zum Thema Mobilität in der Sitzung am 21. Februar 2012 wurde verwiesen.

Investitionshaushalt

Es wurde eine Diskussion zur Einführung / Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur papierlosen Ratsarbeit geführt. Im Ergebnis wurde darum gebeten, den Teil des Investitionshaushaltes nachzureichen, in dem dieses Projekt verankert sei. Weiterhin wurde darum gebeten, die Investitionen für die Hard- und Software genau zu untersetzen.

Amt 11 – Amt für Organisation und Personalservice

Frau Präkelt informierte, dass sich das Amt 11 aus den Produkten „Personalmanagement“ und „übergreifende Personalmaßnahmen“ zusammensetzt.

Das Produkt „Personalmanagement“ entspricht weitestgehend den kameralen UA des Ressorts Organisation (UA 0211), dem Personalservice (UA 0220) und dem Betriebsärztlichen Dienst (UA 0830). Die wesentlichsten ordentlichen Aufwendungen neben den Personalaufwendungen sind:

- Aufwendungen für die Auszubildenden (190,4 T€)
Schwankungen in der Höhe alle 2 Jahre auf Grund der Prüfungsgebühren und durch die Ausbildung der Feuerwehrleute
- Zentrale Mittel (245,4 T€) für Fortbildungsmaßnahmen der Gesamtverwaltung
- Beiträge für Mitgliedschaften der Gesamtverwaltung (197,1 T€)
(KAV – 16,5 T€, KGSt – 10,6 T€, Städte- und Gemeindebund – 93,7 T€, Deutscher Städtetag 74,8 T€, Transparency International – 1,0 T€)

Aufgrund einer Nachfrage bezüglich der Berechnung der Mitarbeiter pro Personalfall erläuterte Frau Präkelt, dass die Veränderungen in den Personalaufwendungen mit Kennzahlen untersetzt mit der Erarbeitung des Fachkonzeptes dem Lenkungsausschuss vorgelegt werden. Die zu streichenden Stellen seien Bestandteil der Vorlage „Untersetzung der Mittelreduzierung HH-Plan 2012“.

Das Produkt „übergreifende Personalmaßnahmen“ setze sich zusammen aus

- Personalaufwendungen für das Transferpersonal (ehemals UA 0295 = Stellen mit Mitarbeitern auf Stellen der HHKo I-III sowie alle Sozialstellen der Verwaltung), reduziert um die globale Minderung an Personalaufwendungen in Höhe von 2,4 Mio. € (Langzeiterkrankung ohne Lohnfortzahlung und Verzögerungen in der Nachbesetzung freier Stellen);
- Aufwendungen für die Gemeindeunfallversicherung;
- die Stellen für die Mitarbeiter in der ATZ-Freizeitphase sind in der Stellenübersicht enthalten, Personalaufwand entsteht nicht, da die Finanzierung aus der Rückstellung erfolgt.

Eine Diskussion zu den übergreifenden Personalmaßnahmen erfolge in der Sitzung am 20. März 2012 bei der Information über den Personalbericht. In dieser Sitzung werde auch die globale Minderung erläutert.

Es wurde um die Nachreichung der Kennzahl des Amtes 11 bezüglich des Produktes zentrale Personalaufwendungen (Seite 141) gebeten.

Herr Geier wies aufgrund einer Anfrage darauf hin, dass nicht pauschal alle Stellen gestrichen werden können, bei denen die Mitarbeiter ausscheiden. Quer über die gesamte

Verwaltung müssen die Einzelfälle geprüft werden, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen. Durch die Verwaltung werden Vorschläge für Stellenstreichungen vorgelegt. Im Lenkungsausschuss werde man auch auf die Thematik zurückkommen.

Bezüglich der Stabsstelle Doppik erläuterte Herr Geier auf Nachfrage, dass die Stabsstelle mit Echteinführung des doppelten Buchhaltungssystems in die Linie überführt wurde. Parallele Aufgabenerledigung wäre nicht sinnvoll gewesen. Die Stabsstellenleiterin hat die Stadt verlassen und die Mitarbeiter der Stabsstelle wurden in den neu aufgebauten Bereichen des Forderungsmanagements und der Anlagenbuchhaltung eingesetzt. Die fachliche Zuständigkeit für die Umstellung des Buchhaltungssystems auf die Doppik liege bei der Amtsleitung des Amtes für Finanzservice.

zu 3.1.3 Untersetzung der Mittelreduzierung Haushaltsplan 2012 - in 2012 nicht wiederbesetzte Stellen - Vorlage: V/2012/10523

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stand der Untersetzung des Vorschlags zur Mittelreduzierung in **2012** durch nicht wieder besetzte Stellen in Höhe von 0,73 Mio. € wird zur Kenntnis genommen. Die Veränderung des Personalkostenansatzes wird in die Endfassung zum Haushaltsplan 2012 eingearbeitet.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 0,73 Mio. € Mittelreduzierung
VermHH :

zu 3.1.4 Untersetzung der Mittelreduzierung Haushaltsplan 2012 Einsparung freiwilliger Leistungen - Gesundheitsmanagement Vorlage: V/2012/10524

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Das in der Begründung beschriebene Einsparvolumen in Höhe von insgesamt 202.300 Euro wird über die Jahresscheiben 2012 bis 2014 realisiert.

Herr Geier erläuterte, dass die Vorgabe in der Streichliste in diesem Punkt nicht zu 100 % aus dem Bereich Gesundheitsmanagement erbracht werden konnte. Aus diesem Grund wurde in der Vorlage: V/2012/10524 - Untersetzung der Mittelreduzierung Haushaltsplan 2012 Einsparung freiwilliger Leistungen – Gesundheitsmanagement ein ergänzender Alternativvorschlag unterbreitet. Eine ausführliche Diskussion zum Fachkonzept des Amtes werde für den Lenkungsausschuss vorbereitet und in diesem geführt.

Amt 20 – Amt für Finanzservice

Frau Schmidt trug vor, dass die Ausgaben im Bereich des Amtes 20 zu 90 % Personalkosten seien. Es seien keine negativen Entwicklungen auf den Haushalt der Stadt Halle aus diesem Bereich zu erwarten.

Aufgrund von mehreren Nachfragen wurde von der Verwaltung eine Erläuterung bezüglich der Neuschaffung einer Stelle im Bereich der Sonstigen Steuern (Hundesteuer) während der vorläufigen Haushaltsführung zugesagt.

Herr Geier erläuterte, dass die Verstärkung in diesem Bereich dringend geboten war, um die der Stadt zustehenden Einnahmen zu sichern. Aufgrund der vielen Sonderfälle und der mehrfachen Bearbeitung aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen bestehe eine hohe Fallbearbeitung in diesem Ressort.

Weiterhin wurde um eine Information bezüglich der Position: Sonstige ordentliche Aufwendungen im Bereich Finanzservice, Verwaltungssteuerung und –service Amt 20, Haushalts- und Finanzmanagement (Seite 153) gebeten.

Amt 30 – Rechtsamt

Herr Baus erläuterte, dass auch im Bereich des Rechtsamtes erstmalig Rückstellungen für Altersteilzeit gebildet wurden. Aufgrund einer Anregung sagte er eine Überprüfung zu, ob in zukünftigen Haushalten die Anzahl der gewonnenen Prozesse eine aussagefähige Kennzahl für das Rechtsamt sei.

Die Eigenvertretungsfähigkeit sei für die Stadt nur beim Verwaltungsgericht gegeben. Bei Prozessen, die vor dem Landgericht oder Oberlandesgericht geführt werden, seien nur Anwälte prozessfähig.

Im Produktblatt (Seite 164) sei in der Rubrik Auftragsgrundlage / rechtliche Grundlage auch die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben angekreuzt.

Die Verwaltung sagte zu, eine Untersetzung dieser nachzureichen.

Erläuterung im Nachgang der Sitzung:

Es handelt sich um die Versicherungsleistungen. Es steht der Stadt frei, ob und wie sie sich – z. B. gegen Feuer – versichern will.

zu 3.1.2 Haushalt 2012 - Untersetzung Mittelreduzierung hier: Zuschuss Stadion Vorlage: V/2012/10490

Mehrere Mitglieder des Ausschusses führten aus, dass bei der damaligen Beschlussfassung des Zuschusses für das Stadion ein „Betrag von bis zu“ beschlossen wurde. Bei der derzeitigen Haushaltssituation solle der Betrag im Sinne der Stadt nicht ausgeschöpft werden.

Es wurde auch angeregt, die Zuschüsse an den HFC und das Sponsoring der SWH zu überprüfen.

Herr Geier erläuterte, dass ein Betriebsjahr im Nachgang abgerechnet werde und die Stadt ggf. eine Rückerstattung erhalte. Er sagte bis zur Abschlussberatung eine Information zu, wie diese Einsparungen im Wirtschaftsplan verarbeitet werden.

Aus diesem Grund war ein Beschluss nicht notwendig. Die Verwaltung sagte die Umsetzung und eine Information zu.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften bestätigt den Einsparbetrag in Höhe von 26.000 € beim Zuschuss für das Stadion.
2. Zur Umsetzung wird die Verwaltung beauftragt, mit der Stadion Halle Betriebs GmbH Vertragsverhandlungen zu führen.

Allgemeine Hinweise:

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, warum das Minuszeichen mal vor und mal nach dem entsprechenden Ansatz im Haushaltsplan steht.

Haushaltskonsolidierungsmaßnahme

Konzessionsabgabe Wasser

Herr Geier informierte, dass sich die Vorlage in der Vorabstimmung befindet und zurzeit rechtliche Fragen geklärt werden.

Durch ein Mitglied wurde darauf hingewiesen, dass die Einführung einer Konzessionsabgabe zusätzlich zum gesetzlich vorgeschriebenen „Wassercent“ = 10 Cent pro m² eine deutliche Steigerung des Wasserpreises bedeuten würde.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 6 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 7 mündliche Anfragen

Hortbeförderung

Herr Bönisch fragte nach einer Stellungnahme der Verwaltung zu dem heutigen BILD-Artikel zur Hortbeförderung.

In der Sitzung wurde zugesagt, die Antwort nachzureichen.

In der Verwaltung wurde parallel zu dieser Thematik eine Presseanfrage beantwortet. Diese Antwort wurde per Mail an die FA-Mitglieder am 16.3.2012 als Information versandt und wird an dieser Stelle wiederholt:

Beantwortung der Presseanfrage RTL-TV zum Hort Reideburg von Dezernat IV

Frage:

Warum werden Kinder vom Hort Reideburg nicht mehr nach Hause transportiert?

Antwort:

Der Stadtrat hatte am 29.3.2006 im Rahmen der Schulentwicklungsplanung beschlossen:

„Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg

alter Standort: Zur Sternwarte 2 (Kanena)

neuer Standort: Paul-Singer-Straße 32 a (Reideburg)

Mit dem Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg von Kanena nach Reideburg wird eine Schulbezirksveränderung vorgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Elternschaft die Schulbezirksveränderungen vorzunehmen.

Der Hort am Standort Kanena ist in Abstimmung mit dem FB 51 bei Bedarf fortzuführen.

In Absprache mit der HAVAG ist der Transport von Kanena nach Reideburg bzw. zum Hort zurück abzusichern.“

Nach der Schließung der Grundschule Kanena/Reideburg stellte sich heraus, dass am Standort Kanena kein weiterer Bedarf für einen Hort bestand.

Aus diesem Grund musste auch kein weiterer Transport zwischen Reideburg und Kanena durch die Stadt finanziert werden.

Dennoch hatte die Stadt zum Zeitpunkt der Schließung für diejenigen Kinder, die ehemals im Hort Kanena waren und nunmehr im Hort Reideburg untergebracht wurden, eine Übergangslösung realisiert.

Diese Übergangslösung – Transport vom Hort Reideburg nach Hause – ist nunmehr ausgelaufen, da alle Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Auflösung des Hortes Kanena betroffen waren, nicht mehr die Grundschule Reideburg besuchen.

Der Transport war eine rein freiwillige Leistung. Auch vor dem Hintergrund der Sparauflagen des Landesverwaltungsamtes darf eine derartige Leistung nicht mehr erbracht werden.

An keinem anderen Hort, ob in städtischer oder freier Trägerschaft, gibt es das Angebot einer kostenlosen Schülerbeförderung nach Hause.

zu 8 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Bürgermeister

Martina Beßler
Protokollführerin